



An den Grossen Rat

15.5294.02

PD/P155294

Basel, 25. Oktober 2017

Regierungsratsbeschluss vom 24. Oktober 2017

Anzug Michel Rusterholtz und Konsorten betreffend FLAG ORG Scientology an der Burgfelderstrasse

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 28. Oktober 2015 den nachstehenden Anzug Michel Rusterholtz und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Die in Frankreich wegen Betruges rechtskräftig verurteilte Sekte hat am Samstag, den 25. April 2015 an der Burgfelderstrasse die grösste "Scientology Filiale", genannt "FLAG ORG" der Schweiz eröffnet. Das überdimensionierte christliche Kreuz an der Hauswand suggeriert eine christliche Kirche, obwohl die Organisation ein kommerzielles Unternehmen ist. Scientology ist weder eine Kirche noch eine Religion. Sektenexperte Hugo Stamm äusserte sich am 23.3.2015 auf Telebasel wie folgt: "Es geht nur um Geld. Es geht um Macht und um Geld. Es ist wirklich nichts anderes als eine Geldsekte, sie hat kein anderes Ziel als den Leuten etwas vorzugaukeln, was sie erreichen können, und letztlich werden die Leute abgezockt bis auf die Unterhosen."

In einigen deutschen Bundesländern wird Scientology als "verfassungsfeindliche Organisation" eingestuft und vom Verfassungsschutz observiert, weil sie "antidemokratische Ziele" verfolge und "eine gesellschaftlichpolitische Ordnung" anstrebe, in der "elementare Grundrechte nicht garantiert sind".

Bei der Eröffnung zeigten die Scientology Securities wenig Respekt vor unserer Rechtsordnung und verweigerten Anwohnern den Durchgang auf öffentlichem Grund.

Scientology kontaktiert mit Vorliebe labile Menschen in schwierigen Lebensphasen. Auch Kinder sind vor der Sekte nicht sicher. Anwohner beklagen sich, dass Kinder und Jugendliche von Sektenmitgliedern angesprochen und ausgefragt werden. Bei der Kantonspolizei sind schon mehrere Strafanzeigen eingegangen.

Eine FLAG ORG stellt bei Scientology eine überregionale Organisationseinheit dar. Die Wichtigkeit dieses Standortes wurde anlässlich der Einweihung mit der Anwesenheit des amerikanischen Konzernchefs, David Miscavige, unterstrichen. Viele Quartierbewohner möchten, dass der durch die Aufwertung des Standortes entstandene Mehrbetrieb unterbunden wird. Ebenso möchten die Bewohner, dass Scientology das Missionieren auf öffentlichem Grund untersagt und dass sie keinen Zugang zu Schuleinrichtungen hat. Das Kreuz soll entfernt werden, da es irreführend ist und sich viele Personen in ihrem Glauben durch diesen Auftritt gestört fühlen.

Aktuell erteilte das AWA (Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Basel-Stadt) Scientology eine Bewilligung für Sonntagsarbeit. Dabei wurde die kommerziell orientierte Scientology als "religiöse Gemeinschaft" kategorisiert. Alleine der Grosse Rat verfügt über die Kompetenzen, Scientology auf deren Antrag als religiöse Gemeinschaft anzuerkennen.

Deshalb beauftragen die Unterzeichnenden den Regierungsrat mit den folgenden Anliegen:

- Der Paragraph 23a des kantonalen Übertretungsstrafgesetzes soll so angepasst werden, dass die Polizei restriktiver und nachhaltiger gegen Anwerbungen von Scientology (oder Dritten) vorgehen kann. Für nicht belehrbare Wiederholungstäter sollen nicht nur Ordnungsbussen verhängt werden können sondern diese sollen an die Staatsanwaltschaft verzeigt werden. Der Staatsanwaltschaft sollen die Voraussetzungen für die Aussprache von wirkungsvollen Strafen gegeben werden.
- Es soll verfügt werden, dass das Kreuz an der Hausfassade entfernt wird und ausschliesslich eine

unmissverständliche Bezeichnung anstatt des Kreuzes angebracht werden darf.

– Das Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Basel-Stadt soll angewiesen werden, Scientology nicht als religiöse Gemeinschaft zu kategorisieren sondern als "normale" Gewerbetreibende.

Michel Rusterholtz, Sarah Wyss, Peter Bochsler, Christian Meidinger, Brigitta Gerber, Andreas Zappalà, Oskar Herzig-Jonasch, Thomas Müry, Felix Meier, Toni Casagrande, Helmut Hersberger, Alexander Gröflin, Daniel Goepfert, Nora Bertschi, Stephan Mumenthaler, Remo Gallacchi, Lorenz Nägelin, Eduard Rutschmann, Pascal Pfister, Christophe Haller, Patricia von Falkenstein, Georg Mattmüller, Daniela Stumpf, Annemarie Pfeifer, Dieter Werthemann“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Allgemeine Stellungnahme

Die Antragsstellerinnen und Antragssteller unterscheiden in ihrem Anzug zwischen einer Sekte auf der einen und einer Kirche oder Religion auf der anderen Seite. Dazu wird Hugo Stamm zitiert. Dem ist jedoch aus religionswissenschaftlicher Sicht zu entgegnen, dass die Unterscheidung von Religion und Sekte von staatlicher Seite her nicht zu ziehen ist, ohne dass dadurch der Staat ‚richtige‘ (Religion) und ‚falsche‘ (Sekte) Weltanschauungen bestimmt.¹ Dies geht über das Neutralitätsgebotes des Staates in Religionsfragen hinaus, wie auch die Religionswissenschaft solche wertenden Begriffe nicht verwenden kann. Mit anderen Worten: um das Anliegen in seiner vollen Konsequenz aufnehmen zu können, müsste sich der Staat zu religiösen Inhalten einer Gemeinschaft äussern. Dies tut er jedoch nicht, was etwa auch in der Beantwortung der Interpellation 58 Annemarie Pfeifer betreffend Schutz vor verstärkten Aktivitäten der Psychosekte Scientology unter Einbezug der Theologischen Fakultät der Universität Basel so dargelegt wurde (28. August 2012).

Scientology wird heute von einer Mehrheit der Religionswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler als „neue religiöse Gemeinschaft“ bezeichnet, die psychotherapeutische, religiöse und Science-Fiction-Elemente kombiniert (vgl. Rademacher 2007). Damit ist gemeint, dass Scientology sowohl über eine (aus verschiedenen religiösen und nichtreligiösen Traditionen zusammengestellte) Weltanschauung und Ideologie als auch über entsprechende kultische Praktiken verfügt (vgl. Baumann/Stolz 2007). Die Kritik, dass Scientology profitorientiert sei, betrifft zudem nicht nur Scientology sondern verschiedene Gruppierungen, die sich auf dem religiösen bzw. spirituellen Markt bewegen.

Hinsichtlich der Belästigungen durch Scientology ist darauf hinzuweisen, dass sich die Situation im Quartier seit der Eröffnung im April 2015 stark beruhigt hat, wie die zuständigen Polizeibeamten des Community Policing bekräftigen. Die letzte bei der Polizei eingegangene Meldung betreffend Scientology datiert vom Januar 2017. Häufig geht es in den wenigen Konfliktfällen um eine Konfrontation zwischen Scientologen und Mitgliedern der „Gewaltfreie Aktion gegen Scientology Basel“.

2. Detaillierte Beantwortung der drei Anliegen

2.1 Anliegen 1: Anpassung des Übertretungsstrafgesetzes

„Der Paragraph 23a des kantonalen Übertretungsstrafgesetzes soll so angepasst werden, dass die Polizei restriktiver und nachhaltiger gegen Anwerbungen von Scientology (oder Dritten) vorgehen kann. Für nicht belehrbare Wiederholungstäter sollen nicht nur Ordnungsbussen verhängt werden können sondern diese sollen an die Staatsanwaltschaft verzeigt werden. Der Staatsanwaltschaft sollen die Voraussetzungen für die Aussprache von wirkungsvollen Strafen gegeben werden“.

¹ Der Bericht des EJPD vom Dezember 2000 unterscheidet Sekten von Religionen dadurch, dass „Sekten“ religiöse oder philosophische Glaubensgemeinschaften sind, die „in der Öffentlichkeit zu Kontroversen geführt haben.“ Diese Unterscheidung ist jedoch noch problematischer als diejenige von Hugo Stamm, der die Finanzseite in den Fokus stellt, da der vom EJPD geführten Unterscheidung zufolge aktuell der Islam als Sekte bezeichnet werden müsste, da er durchaus Kontroversen in der Öffentlichkeit erzeugt.

Der Paragraph 23a des kantonalen Übertretungsstrafgesetzes wurde 1996 als Reaktion auf Scientology ergänzt und vom Bundesgericht für rechtsgültig erklärt (vgl. BGE 125 I 139). Es ist jedoch kaum möglich, Paragraph 23a zu verschärfen, da er schon jetzt durch eine unklare Umsetzung gekennzeichnet ist: es ist in der Praxis nicht ohne weiteres zu erkennen, wann ein Anwerben „täuschend oder unlauter“ ist (vgl. BGE 125 I 369). Eine Anpassung des Paragraphen, die deutlich auf Scientology zugeschnitten wäre, ist unter Einhaltung der rechtsstaatlichen Prinzipien nicht möglich, da es sich dabei um ein Einzelfallgesetz gegen Scientologen handeln würde. Dies hat der Regierungsrat schon im Juli 1998 auf die Motion „betreffend Scientology: Forderung nach Massnahmen für einen hinreichenden Konsumentinnen-Konsumentenschutz“ festgestellt. Schon damals war sich der Regierungsrat aber bewusst, dass er mit einer solchen Bestimmung „gesetzgeberisch an die Grenzen gehe, die mit unserem freiheitlichen Rechtsstaat und unserer liberalen Grundauffassung noch vertretbar sind“ (vgl. BGE 125 I 369). Mit dieser Bestimmung sowie der im Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes in Basel-Stadt (NöRG) festgelegten Nutzungsrechte können aufdringliche Formen der Anbahnung von Kundenbeziehungen genauso wie das Verteilen von rassistischen oder diskriminierenden Drucksachen im Bereich der Allmend unterbunden werden.

Verstösse gegen Paragraph 23a können nicht mit Ordnungsbussen geahndet werden. Der Tatbestand findet sich nicht auf der kantonalen Ordnungsbussenliste. Vielmehr werden mutmassliche Täterinnen und Täter bereits heute direkt bei der Staatsanwaltschaft angezeigt (Überweisung mit Antrag). Es kommt das ordentliche Strafverfahren zur Anwendung, wobei die Staatsanwaltschaft Bussen bis 10'000 Franken aussprechen kann. Zudem hat die Kantonspolizei die Möglichkeit, Personen, die gegen Paragraph 23a verstossen, von einzelnen Orten oder generell wegzuweisen (Paragraph 23a Absatz 2). Das Übertretungsstrafgesetz wird derzeit revidiert. Eine Anpassung von § 23a im Sinne des Anzugsstellenden ist aus den obengenannten Gründen nicht vorgesehen.

Im anstehenden Vernehmlassungsprozess zur Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes können sich sämtliche Interessengruppen äussern und Änderungen vorschlagen.

2.2 Entfernung des Kreuzes an der Hausfassade

„Es soll verfügt werden, dass das Kreuz an der Hausfassade entfernt wird und ausschliesslich eine unmissverständliche Bezeichnung anstatt des Kreuzes angebracht werden darf“.

Das Kreuz an der seitlichen Wand der Liegenschaft an der Burgfelderstrasse 215 ist im Rahmen eines Reklamebegehrens bewilligt und von der Stadtbildkommission genehmigt worden. Das Kreuz ist somit eine bewilligte Reklame. Scientology hat sich damit an die baulichen Auflagen gehalten. Rechtlich gibt es demnach keine Handhabe seitens des Staates, dieses Kreuz zu verbieten.

Der Kanton kann zudem unter Wahrung der Religions- und Meinungsfreiheit nicht über den Gebrauch bestimmter Symbole bestimmen, wenn diese an oder in den privaten Vereinsräumen angebracht werden und die entsprechenden Bewilligungsverfahren durchlaufen haben. Es gibt deshalb keine staatlich legitimen oder illegitimen Verwendungsweisen von Symbolen.

Aus religionshistorischer Perspektive muss zudem ergänzt werden, dass das Kreuz kein ausschliesslich christliches Symbol ist, sondern in verschiedenen, auch vorchristlichen Religionen als kultischer Gegenstand verwendet wurde. Schliesslich ist das von Scientology seit 1954 verwendete Kreuz aufgrund der acht Ecken eindeutig zuordenbar und weist somit das Kriterium der „Unmissverständlichkeit“ auf.

2.3 Die Kategorisierung des Amt für Wirtschaft und Arbeit

„Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) des Kantons Basel-Stadt soll angewiesen werden, Scientology nicht als religiöse Gemeinschaft zu kategorisieren sondern als "normale" Gewerbetreibende“.

Dieser Aussage liegt ein Missverständnis zugrunde: Das AWA hatte nie eine Bewilligung für Sonntagsarbeit erteilt. Auch hat seitens AWA nie eine formelle Anerkennung von Scientology als Kirche oder Religionsgemeinschaft stattgefunden. Wie von den Anzugstellern richtig bemerkt und bereits anlässlich einer früheren Interpellation beantwortet, wäre das AWA dazu gar nicht zuständig (Interpellation Nr. 62 vom 18. August 2015: Remo Gallacchi betreffend Anerkennung des Vereins Scientology als religiöse Gemeinschaft“, P155290).

Das AWA war seinerzeit von einer Privatperson angefragt worden, ob Scientology unter den Anwendungsbereich des Arbeitsgesetzes fallen würde. Dazu ist Folgendes zu sagen: Scientology gilt gemäss Handelsregistrauszug als Verein. Bei der Frage nach der Anwendbarkeit des Arbeitsgesetzes ist nicht der Verein als Ganzes, sondern das einzelne Verhältnis hinsichtlich der Frage zu bewerten, ob es sich um ein Arbeitsverhältnis oder eine Tätigkeit im Rahmen der Vereinsmitgliedschaft handelt.

Das Missverständnis dürfte daher rühren, dass das Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG) in Art. 3 lit. a darauf hinweist, dass es Ausnahmen vom persönlichen Geltungsbereich gibt, für „[...] Personen geistlichen Standes und andere Personen, die im Dienste von Kirchen stehen, sowie auch Angehörige von Ordens- und Mutterhäusern oder anderer religiöser Gemeinschaften.“ Dabei definiert das Arbeitsgesetz nicht, was unter religiöser Gemeinschaft zu verstehen ist. In der rechtswissenschaftlichen Forschung und Lehre bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber, was im arbeitsgesetzlichen Sinne als „religiöse Gemeinschaft“ zu gelten hat. Einig ist man sich indes darüber, dass die verfassungsrechtliche „Religionsgemeinschaft“ nicht deckungsgleich mit der Auslegung der „religiösen Gemeinschaft“ nach Arbeitsgesetz ist. Die mediale Debatte hatte sich anschliessend an diesen Begrifflichkeiten entzündet. Die Praxis des AWA folgte bzw. folgt weiterhin der einzelfallbegründeten Beurteilung der individuellen Verhältnisse der Mitglieder zu ihrem Verein.

3. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Michel Rusterholtz und Konsorten betreffend FLAG ORG Scientology an der Burgfelderstrasse abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin